

Wirtschaft



Kinderarbeit Ein Winterthurer Baumwollhändler gerät wegen Kinderarbeit in Usbekistan in Erklärungsnot. 45

Eine Abgeltungssteuer soll das Bankgeheimnis light retten

Die Schweiz einigt sich mit London und Berlin auf eine Abgeltungssteuer. Eine rückwirkende Regelung verspricht den Vertragspartnern zweistellige Milliardenzahlungen.

Von Sebastian Borger, London

Die Schweiz macht deutschen und britischen Steuerhinterziehern das Leben schwerer als bisher. Einer gestern in London präsentierten Vereinbarung zufolge müssen helvetische Finanzinstitute in Zukunft von ihren ausländischen Kunden eine Abgeltungssteuer erheben und über die Schweizer Steuerbehörden in die jeweiligen Herkunftsländer abführen. Die Regelung soll auch rückwirkend gelten, was Nachzahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe auslösen dürfte.

Damit wird der Ertrag der Anleger geschmälert, ihre Anonymität bleibt hingegen gewahrt. Der bisher von der EU und ihren grössten Mitgliedsstaaten forcierte automatische Informationsaustausch sei «nicht mehr Gegenstand der Verhandlungen», sagte Finanzminister Hans-Rudolf Merz in London. «Wir sind über diese faire, transparente und einvernehmliche Lösung sehr glücklich.»

Die Schweiz war im vergangenen Jahr auf einer sogenannten grauen Liste unverantwortlicher Steuerparadiese gelandet, die von der Pariser Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für den G-20-Gipfel der wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt zusammengestellt worden war.

Den hastig unterzeichneten bilateralen Abkommen zum besseren Informationsaustausch folgte eine Neuorientierung der Schweizer Finanzindustrie und in deren Folge auch des Bundesrates. «Der Druck war enorm», erinnerte sich

Merz gestern. Hatte man zuvor feinsinnig zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unterschieden und das Schweizer Bankgeheimnis als nicht verhandelbar dargestellt, so ging man in den Verhandlungen der vergangenen Monate, so der Finanzminister, nach dem Grundsatz vor: «Unversteuertes Geld ist nicht akzeptabel.»

Das Modell der Abgeltungssteuer hat ein Bankgeheimnis light gerettet. Die Schweizer Banken machen sich zwar indirekt zu Erfüllungsgehilfen der deutschen und britischen Finanzämter. Dafür bleibt für deren Staatsbürger die Möglichkeit anonymer Geldanlagen gewahrt. «Die Kunden wissen, was sie am Schweizer Finanzplatz haben», glaubt Merz, «politische Stabilität, eine harte Währung, die Tradition und Infrastruktur der Finanzbranche.» In den zukünftigen Verhandlungen mit London und Berlin soll es auch um besseren Marktzugang für helvetische Institute gehen.

Regierungswechsel half

Profitiert haben die Schweizer Verhandlungsführer um Merz und dessen Staatssekretär Michael Ambühl vom Regierungswechsel in Berlin. Während mit dem früheren Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) «noch nicht einmal verhandelt» wurde, so ein Insider, zeigte sich dessen Nachfolger, der aus Baden gebürtige Wolfgang Schäuble (CDU), dem Anliegen des südlichen Nachbarn gegenüber aufgeschlossen. Die Gespräche mit



Hans-Rudolf Merz. George Osborne.

dem britischen Schatzkanzler George Osborne seien hingegen vom Regierungswechsel im Mai unbeeinflusst gewesen. Ohnehin war die Einigung mit Deutschland wichtiger, weil davon Signalwirkung für die anderen EU-Mitglieder ausgeht.

Dem Finanzminister und seinen Beratern war die Erleichterung über die getroffenen Vereinbarungen anzumerken. Der Londoner Vertragsunterzeichnung folgt am Donnerstag, dem letzten Arbeitstag von Merz, eine vergleichbare Zeremonie mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble. Dass der grosse Nachbar im Norden sich gegenüber dem Schweizer Anliegen aufgeschlossen zeigte, gilt im Umfeld von Merz als wichtiger Erfolg. Offenbar bestand zwischen Berlin und London während der Verhandlungen ein reger Informationsaustausch. Beiden Staaten war eine pragmatische Lösung wichtiger als das Beharren auf der Maximalforderung eines Informationsaustausches, zumal beiden die zu erwartenden Milliardenzahlungen aus der Schweiz beim Abbau

ihrer horrenden Haushaltsdefizite willkommen sind. Schätzungen zufolge haben allein deutsche Steuerzahler Geld der von fast 200 Milliarden Franken in der Schweiz gebunkert und nicht deklariert. Legt man eine Abgeltungssteuer zugrunde, die etwas über dem deutschen Satz von 25 Prozent liegt, dürfte sich Schäuble auf rund 50 Milliarden Franken freuen. Zu konkreten Zahlen äusserte Merz sich nicht. «Spekulieren mag ich nicht», sagte er. Der Steuersatz sei Gegenstand der bilateralen Verhandlungen; Grundlage ist eine mathematische Formel, die einen Medianwert der infrage kommenden Jahre zugrunde legt. Das gleiche Modell soll in Zukunft auch für bilaterale Verträge mit anderen EU-Staaten herangezogen werden.

Anders als Liechtenstein

Das Schweizer Modell unterscheidet sich vom Steuerabkommen, das Liechtenstein und Grossbritannien 2009 abgeschlossen haben. Danach können Briten ihre unbesteuerten Gelder bis 2015 bei den Steuerbehörden melden. Laut britischen Steuerbehörden beträgt die Strafe höchstens 10 Prozent der in den letzten zehn Jahren hinterzogenen Steuer. Liechtenstein hat sich zudem von der Pflicht befreien lassen, britische Kunden melden zu müssen, die bis 2015 ihr Geld abziehen. Ab 2015 müssen die Briten liechtensteinischen Finanzdienstleistern nachweisen, dass ihre Gelder beim britischen Steueramt gemeldet sind.

Steuerabkommen

«Den gefräßigen Staaten in der EU bleibt künftig mehr übrig»

Die Steuerabkommen mit Grossbritannien und Deutschland werden unangenehme Folgen für den Schweizer Bankenplatz haben.

Interview: Arthur Rutishauser

Herr Janssen, mit den Briten wurde jetzt in Steuerfragen eine Grundsatzeinigung erreicht, am Donnerstag reist der deutsche Finanzminister Schäuble aus demselben Grund nach Bern. Ist damit das Bankgeheimnis beerdigt? Nein, Kundendaten werden keine herausgegeben.

Was ist denn das jetzt noch wert, wenn der Kunde die Steuern trotzdem bezahlen muss?

Der britische oder deutsche Anleger weiss beispielsweise, dass er nicht einfach über Zwangsanleihen enteignet werden kann, da er beim Staat nicht bekannt ist. Zwangsanleihen kamen immer wieder zum Einsatz, wenn Staaten in finanziellen Nöten waren.

Also haben die Abkommen keinen grossen Einfluss auf die Banken?

Doch, ich glaube, dass der Einfluss auf die Schweizer Banken gross sein wird. Das Vermögensverwaltungsgeschäft wird sich in Zukunft erheblich verändern.

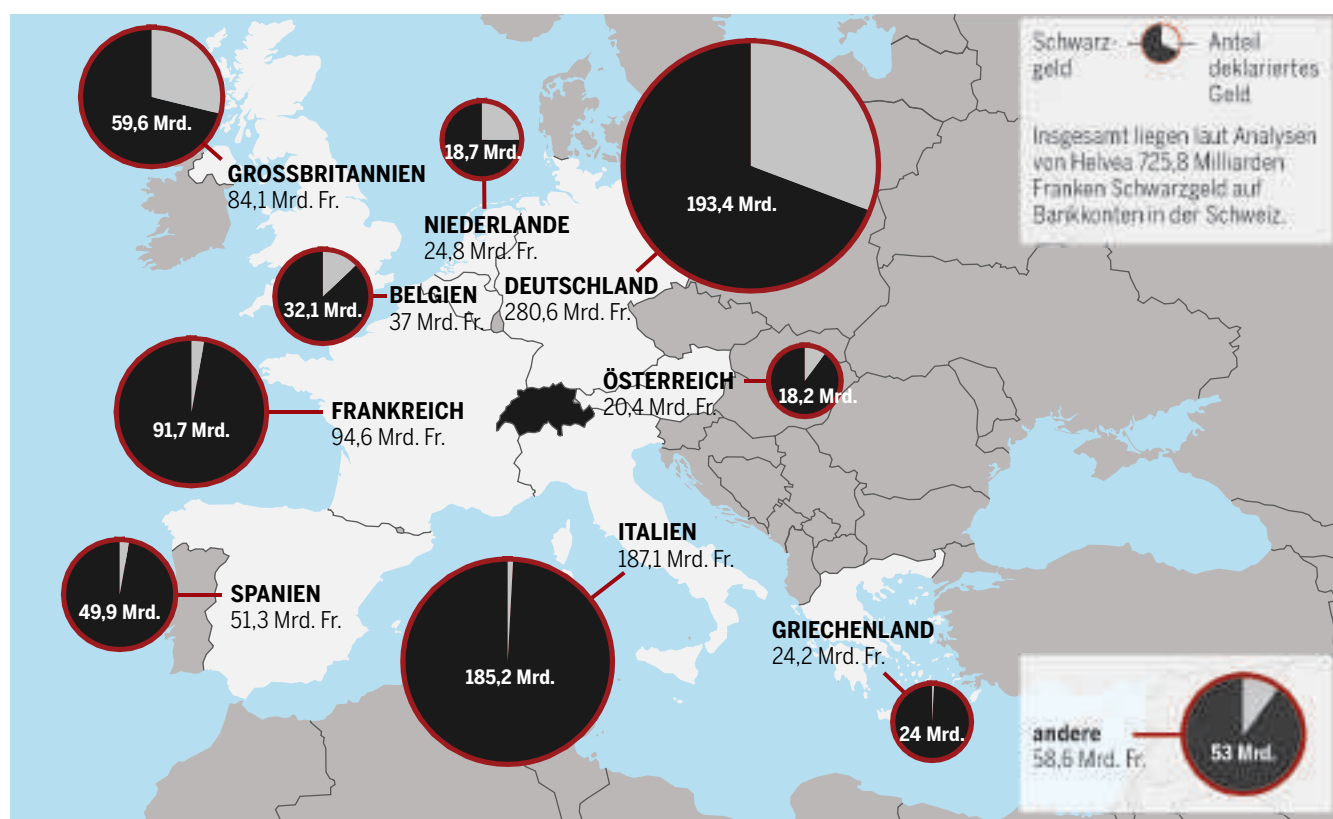
Werden Gelder abfliessen?

Gelder werden an zwei Stellen hinfließen: einerseits in Form von Steuern an den britischen und den deutschen Staat und andererseits an die Konkurrenten in England, Deutschland, aber auch in Australien, Singapur und in anderen steuerbegünstigten Ländern; vielleicht auch an Tochtergesellschaften von Schweizer Banken im Ausland. Insgesamt dürfte wohl mehr als ein Drittel der Anlagegelder aus der Schweiz abfliessen.

Und was bedeutet das?

Da nicht nur die Anlagevolumina klei-

Woher das Schwarzgeld auf Schweizer Banken kommt



TA-Grafik mt / Quellen: Helvea, Genf

ner werden, sondern wegen der neuen Wettbewerbssituation auch die Dienstleistungspreise sinken, dürften für viele Anbieter die goldenen Zeiten vorerst vorbei sein.

Wen trifft es besonders?

Es trifft vor allem diejenigen, die ein schlecht diversifiziertes Geschäftsmodell haben. Das dürften eher kleinere Vermögensverwalter und -vorerst - auf deutsche und britische Kunden spezialisierte Banken sein. Das sieht man bereits heute an den gesunkenen Preisen, welche für solche Firmen bezahlt werden. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Schweiz am Ende des Tages nicht das einzige Land auf der Welt ist,

das sich einem solchen Diktat unterzieht.

Wie werden sich die Anbieter an die neue Situation anpassen?

Ich glaube, dass drei Dinge passieren werden. Erstens werden sich die Schweizer Banken an ihre hohe Leistungsfähigkeit erinnern. Zweitens wird die Industrialisierung und damit die Qualität der Dienstleistungen zunehmen. Und schliesslich

Martin Janssen

Der Wirtschaftsprofessor lehrt an der Universität Zürich.



wird die Anlageberatung in Zukunft transparenter und mehr vor dem Computer als auf dem Golfplatz erfolgen.

Ist mit diesen Abkommen Ruhe oder kommen gleich neue Forderungen?

Insgesamt wurde, angesichts der schwierigen Lage, in welche die Schweiz geraten ist, bis heute gut verhandelt. Aber die Schweiz muss aufpassen, damit nicht jede neue Verhandlungsrunde in eine weitere Preisgabe eines Wettbewerbsvorteils mündet. Wir dürfen nicht vergessen, dass dem Anleger, dem Mitarbeiter in der Bank und dem Aktionär unter dem Strich weniger und den gefräßigen Staaten in der EU mehr übrig bleibt. Das ist kein Weg, den wir längerfristig unterstützen dürfen.

Börse

SMI 6514 Punkte	+0.56%
Dow Jones Industrial 11164 Punkte	+0.28%
Stoxx 50 2553 Punkte	+0.11%
Euro in Franken	1.36 -0.31%
Dollar in Franken	0.97 -0.74%
Euro in Dollar	1.40 +0.44%
Rendite Bundesobligationen, in %	1.55 0 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	83.72 -
Gold (Unze) in Dollar	1338.30 +1.14%

Nachrichten

Konjunktur

Créa verbessert Prognose für Schweizer Wirtschaft leicht

Die Ökonomen des Lausanner Forschungsinstituts Créa haben ihre Prognosen für das Schweizer Wirtschaftswachstum leicht verbessert: Das Bruttoinlandsprodukt dürfte sich demnach in diesem Jahr um 1,8% erhöhen. Für 2011 stellt Créa neu ein Plus von 1,9% in Aussicht. Im Frühling hatte die Créa-Prognose noch um je 0,2 Prozentpunkte tiefer gelegen. Das nur «moderate» Wachstum reflektiert gemäss Créa die trüben Aussichten der Exportwirtschaft. (SDA)

Altersvorsorge

Pensionskassen mit erfolgreichem dritten Quartal

Die Schweizer Pensionskassen haben im dritten Quartal ihre finanziellen Polster leicht verstärken können: Der Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtungen erhöhte sich gegenüber dem zweiten Quartal im Durchschnitt von 97,9 auf 98,7%. Damit erreichten die Pensionskassen wieder das Niveau von Ende 2009, wie Swisscanto, die Anlagetochter der Kantonalbanken, am Montag mitteilte. Von April bis Ende Juni hatte sich die finanzielle Lage der Kassen erstmals seit einem Jahr verschlechtert. (SDA)

Lohnverhandlungen

Warnstreiks behindern heute Bahnverkehr in Deutschland

Im deutschen Bahnverkehr kommt es heute Morgen zu erheblichen Behinderungen. Die Bahngewerkschaften Transnet und GDBA haben ihre Mitglieder bei mehreren Privatbahnen und der Deutschen Bahn zu landesweiten Warnstreiks aufgerufen. Die Streiks seien zunächst befristet. Damit sollen die Beeinträchtigungen für Bahnreisende gering gehalten werden. Konkrete Zeiten wurden zunächst nicht genannt. Mit der Aktion verschärfen die Gewerkschaften ihre Gangart gegenüber den Arbeitgebern. Hintergrund sind die festgefahrenen Verhandlungen um Lohnerhöhungen und einen Gesamtarbeitsvertrag. (SDA)

Die Frage



Was war falsch in der Antwort von gestern?

In der Antwort auf «Die Frage» vom Montag wurde glattweg behauptet, die skandinavischen Länder (ausser Schweden) hätten das weisse Kreuz der dänischen Flagge übernommen. Stimmt nicht, wie ein aufmerksamer Finne sofort bemerkte: Gemeinsam ist den Skandinavien das Kreuz, aber nicht generell dessen weisse Farbe. Entschuldigung an ganz Finnland! Ein weisses Kreuz verwenden hingegen ganz und gar unskandinavische Staaten wie die Dominikanische Republik oder (in einer Ecke der Flagge) Griechenland. Ein Staat zeigt übrigens auch ein rotes Kreuz auf weissem Grund: Tonga, dessen König Georg Tupou I. das Symbol 1875 einfuhrte. (jā)